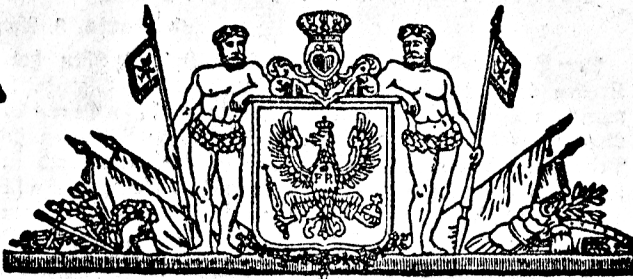


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Hand.-l.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11883. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 668.

## Die Wahl des Ministerpräsidenten.

### „Ein Mann und ein Programm.“

Im unteren, im oberen und im obersten Saalgeschoß des Landtagsgebäudes Sitzungen, Beratungen, Konferenzen. Die Fraktionen beraten, die Führer beraten, die interfraktionelle Kommission berät, in allen Korridoren kleinere Gruppen von Abgeordneten, die untereinander beraten — man sucht einen Ausweg aus der Wirrnis, in die man durch alle bisherigen Beratungen geraten ist, und hat ihn bis zur Stunde noch nicht gefunden.

Zur Mittagszeit wußte man bei den Parteien im Landtage nur, daß morgen um 11 Uhr eine Sitzung beginnt, auf deren Tagesordnung die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten steht. Wer dieser Ministerpräsident sein soll und wird, aus welcher Partei er hervorgehen soll, auf welche Mehrheit er sich stützen soll, welches Programm er vertreten soll, darüber herrschen noch Unklarheit und Ungewißheit. Nach der Ablehnung der vier sozialdemokratischen Bedingungen durch die Deutsche Volkspartei bemüht sich die sozialdemokratische Fraktion, eine Wiederauferstehung der alten Koalition zu erreichen. Das Zentrum bemüht sich auch heute noch, die sogenannte große Koalition zustande zu bringen, daneben sind Bemühungen im Gange eine bürgerliche Minderheitskoalition durchzuführen, auch ohne Demokraten, die sich dagegen sträuben.

Da alle diese Bemühungen zur Stunde aussichtslos sind und auch der Gedanke eines Übergangskabinetts, das unter Führung des Zentrums aus Fachministern bestehen soll, bei mehreren Parteien neuerdings auf starken Widerstand stößt (weil es als eine „Bankrotterklärung des Parlamentarismus“ aufgefaßt werden könnte, denkt man jetzt daran: zunächst einen Ministerpräsidenten zu wählen und es diesem zu überlassen, auf Grund eines von ihm ausgearbeiteten Programms mit den einzelnen Parteien in Verhandlungen einzutreten und sich ihre Unterstützung zu sichern.

Dieser Weg ist in der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ empfohlen worden. Parlamentarisches System und parlamentarische Regierung bei uns, das die Regierung nur so lange auf ihrem Platze bleiben kann, als sie das Vertrauen der Mehrheit hat. Das bedingt aber keineswegs das Verfahren, daß bei einer Kabinettsbildung die Partei als solche ihre Vertrauensmänner in die Regierung entsendet und sich dadurch zur Unterstützung der Regierung für alle Fälle verpflichtet. Das Naturgemäße ist vielmehr, daß der Ministerpräsident auf Grund eines Programms seine Mitarbeiter in der Regierung wählt, mit diesem Programm und dem Kabinettsvor das Parlament tritt und ein Vertrauensvotum bezieht.

Diese Form der Kabinettsbildung soll jetzt versucht werden. Nur ergeben sich Schwierigkeiten, weil man nicht voraussetzungslos an sie herantreten will und — da der Ministerpräsident vom Landtage gewählt, nicht, wie nach der vorläufigen Verfassung, vom Landtagspräsidenten ernannt wird —, auch nicht kann. Um eine Mehrheit auf einen bestimmten Kandidaten zu vereinigen, bedarf es als Voraussetzung schon bestimmter Vereinbarungen unter den Parteien. So haben die Sozialdemokraten heute erklärt, daß sie

nur für einen solchen Kandidaten stimmen würden, der sich von vornherein verpflichten würde, mit der Deutschen Volkspartei nicht wegen eines Eintrittes in die Regierungskoalition zu verhandeln. Die Deutsche Volkspartei aber würde nicht für einen Kandidaten stimmen, der sich zu einer solchen Verpflichtung verstehen würde.

So kehrt man auf diesem anscheinenden Umweg, über den Streit um die Person des künftigen Ministerpräsidenten, zu dem alten Streit um die Koalitionsbildung zurück. Die Sozialdemokraten wollen von vornherein den Ministerpräsidenten auf die alte Koalition festlegen, die Deutsche Volkspartei auf die große Koalition.

Eine Voraussage, welche Lösung die preussische Krise schließlich finden wird, ist noch immer unmöglich. Da aber morgen, wie gesagt, der neue Ministerpräsident unter allen Umständen gewählt werden soll, werden sich die Parteien heute wohl oder übel einigen müssen. Im Hintergrund bleibt als letzter Ausweg noch immer das Geschäfts-, das Übergangskabinetts.

\*

Wie wir aus Kreisen der demokratischen Fraktion hören, hält man eine weitere Vertagung der Wahl für bedenklich. Im Interesse des Landes und im Hinblick auf die gesamte innen- und außenpolitische Lage sei vielmehr eine schnelle Lösung unumgänglich. Die Veröffentlichung über die Haltung der Deutschen Volkspartei hat in den Kreisen der bisherigen Koalition um so mehr verblüfft, als das Schreiben der Sozialdemokratie, auf das jene Erklärung die Antwort darstellt, gar nicht an die Deutsche Volkspartei, sondern lediglich an die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten gerichtet war.

Die Wahl des Ministerpräsidenten macht allerdings große Schwierigkeiten, wenn nicht vorher eine Verständigung erfolgt. Es könnte unter Umständen bei dieser Gelegenheit ein Zusammenwirken der äußersten Linken und der äußersten Rechten erfolgen, das ein unerwartetes Ergebnis haben könnte, z. B. die Wahl eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei. Zurzeit liegt bezüglich der Wahl des Ministerpräsidenten nur eine Erklärung der Sozialdemokraten vor, daß sie ihre Stimmen nur einem solchen Ministerpräsidenten geben würden, der in seine Koalition keinen Deutschen Volksparteiler einbezieht.

In parlamentarischen Kreisen wird unter diesen Umständen auch bestritten, daß bisher irgendein bestimmter Kandidat für das Ministerpräsidium feststehe. Der bisherige Wohlfahrtsminister Stegerwald stößt auch bei seiner eigenen Partei auf Widerspruch. Falls das Zentrum den Kandidaten stellen würde, hat unter diesen Umständen noch immer Geheimrat Forch die stärksten Aussichten. Einstweilen aber bietet das Zentrum das Präsidium den Sozialdemokraten, als der stärksten Partei an, während diese für den Fall der ablehnenden Haltung des Zentrums — natürlich unter den eben erwähnten Bedingungen — bereit zu sein scheinen, auch einem demokratischen Ministerpräsidentenkandidaten (Defer oder Schiffer?) ihre Stimme zu geben. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die demokratische Fraktion das Präsidium unter keinen Umständen würde übernehmen wollen, obgleich sich die Fraktion zwar gegen die alte Koalition, nicht aber grundsätzlich gegen eine Minderheitsregierung, also etwa gegen ein ledigliches aus Demokraten und Zentrum zusammengesetztes Kabinetts, ausgesprochen hat.

## Wiederaufbau und Export.

Von

Oberingenieur Paul Pieper.

\* Stockholm, im April.

Die ist die Steigerung des Exports so sehr Lebensfrage für Deutschland gewesen wie jetzt. Heute weiß auch derjenige, welcher sich sonst nicht mit solchen Fragen beschäftigt, daß Deutschland seine Schulden nur mit Export bezahlen kann. Gesteigerter Export setzt gesteigerte Produktion und diese wieder reichliche Versorgung mit Rohstoffen und Kohlen voraus.

Produktionssteigerung hat aber noch eine andere gleich wichtige Voraussetzung, die heißt Organisation. Es gibt Leute in Deutschland, die behaupten, es würde ihnen übel, wenn sie das Wort Organisation hören. Ja, es wird ihnen übel, wenn der Staat organisiert — Ein- und Verkaufsgesellschaften —, aber sie fühlen sich sehr wohl, wenn sie selbst organisieren. Die Organisation, welche uns nützt, ist keineswegs die vertikale, Trustgebilde schaffende, durch Staat und Allgemeinheit unkontrollierbare Privatwirtschaft, sondern eine horizontale Selbstorganisation der Gewerbetreibenden. Die Fabrikationsstätten müssen überall, wo die Vorbedingungen gegeben, unter strengster Anwendung der Grundsätze: Typisierung, Normalisierung, Vereinfachung, Massenfabrikation, Ausbildung und Ausnutzung von Arbeitskräften und Maschinen betrieben werden. Man versuche nicht, die Hauptlast der Kriegsschulden auf die Arbeiter abzuwälzen durch einseitige Betonung einer längeren Arbeitszeit. Intensivere Ausnutzung der vorhandenen Arbeitszeit und Arbeitsleistung ist leichter durchzuführen und schafft weniger innerpolitische Schwierigkeiten.

Die Verkaufsorganisationen innerhalb der einzelnen Produktionsgruppen sind zusammenzufassen. Das alles war schon da, mehr oder weniger vollkommen in verschiedenen Verbänden. Man denke nur an den Stahlwerkverband. Was aber fehlte und was wir heute nicht mehr entbehren können, ist die Petitionierung des Staates, das heißt der Allgemeinheit, an den Gewinnen dieser sich selbst verwaltenden Produktionsgruppen. Verkaufsorganisationen für Inland und Export müssen für alle Erzeugnisse geschaffen werden. Der Staat muß nur insoweit nachhelfen, als der Egoismus des einzelnen sich dem Wohle des ganzen hemmend in den Weg stellt. Warum nicht alle Gewerbe konzessionspflichtig, das heißt verbandspflichtig machen, wenn es dem einzelnen an der nötigen Einsicht fehlt, daß Deutschlands Notlage von jedem Opfer fordert?

So ließe sich Deutschlands Produktion zweifellos gewaltig steigern und verbilligen; so ließen sich Ausfuhrüberschüsse erzielen und die Kriegs- und Nachkriegsschulden abzahlen. Das ganze System der Ausfuhrkontrolle und Abgabe wäre vereinfacht. Dann brauchte nicht jeder einzelne deutsche Fabrikant das Ausland zu umwerben. Verkaufssyndikate können dem Ausland gegenüber ganz anders auftreten. Sie können die Märkte besser studieren und bearbeiten, günstigere Preise erzielen, Exportlager unterhalten, sich würdig und sachmännlich vertreten lassen, kurzum für Deutschland alle die Nachteile mildern, welche darin liegen, daß man für Fertigfabrikate Käufer suchen muß, während Rohmaterialien von den Käufern gesucht werden. Die am Ueberschuß des Exports mitinteressierte Entente würde dem so organisierten Export weniger Schwierigkeiten machen, als der wilden Konkurrenz Deutscher untereinander auf den Auslandsmärkten. Die Entente hat nicht nur an Deutschlands Export, sondern auch an seiner Kaufkraft Interesse.

Die Zusammenfassung der Erzeugergruppen in Selbstverwaltungsgesellschaften mit zentraler Verkaufsorganisation eröffnet einen Weg aus dem Elend. Die maßgebenden Leute der vertikalen vom Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat organisierten Werke verfolgen heute für sich privat Vorteile, die durch eine horizontale Zusammenfassung in Verbindung mit Steuerfunktionalitäten der Allgemeinheit zugute kommen würden. Privat kontrollierte Trusts sind ein Staat im Staate und eine Gefahr für die Allgemeinheit. Es ist erstaunlich, wie wenig sich die weiterverarbeitende Industrie über das Problem klar ist. Generaldirektor Böglar sagte auf dem letzten Versammlungstag der Eisenhüttenleute in Düsseldorf, die Zeit der Verbände schien ihm noch nicht gekommen, in den jetzigen Verhältnissen wäre es besser für den einzelnen, sich frei zu regen. Ja, die „Vertikalen“ brauchen Freiheit, um ihre Türme aufzurichten zu können, und zwischen diesen Türmen wird dann später über das Schicksal der übriggebliebenen Bausteine verhandelt.

Spekulationen auf den Egoismus versagen nie. Das beweist von neuem das Geschick von der notwendigen unheimlichen freien privaten Wirtschaft. Jeder hofft dabei unter möglichst günstigen Bedingungen sein Schicksal scheren zu können. Die Sozialdemokratie mit ihren rein agitatorisch behandelten Sozialisierungsplänen fördert diesen Kampf gegen jeden vernünftigen Zusammenschluß der Erzeugergruppen. Nicht Stimmes und selbsteiglichen sind die Schrittmacher der Sozialisierung, sondern die Sozialdemokratie mit ihren Sozialisierungsforderungen nach Schema F und die Untätigkeit der Regierung der Wirtschaftslage gegenüber, sind die Schrittmacher für die „Vertikalen“.

## Ein deutscher Wiederaufbauplan?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 8. April.

Eine Havasmeldung aus Berlin will wissen, daß die deutsche Regierung noch vor dem 1. Mai dem Obersten Rat eine Note überreichen wird, in der ein vollständiger Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs entwickelt werden soll. Dieser Plan ist das Resultat der Beratungen, die gegenwärtig in Berlin zwischen den Sachverständigen und zuständigen Gruppen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stattfinden. Die Note wird am Schluß erneut den guten Willen Deutschlands betonen.

Paris, 8. April. (W. Z. B.)

Gegen Ende der gestrigen Sitzung des Senates sagte Kriegsminister Barthou, wenn das besiegte Deutschland den Frieden nicht sicher stellen wolle, werde es fühlen, daß Frankreich die Macht habe. Er habe die gefährliche Ehre, wenn es nötig wäre, die Hand zu führen, die Deutschland nach dem Wort des Ministerpräsidenten am 7. April fassen werde, aber er habe alle Aktionsmittel in der Hand. Schließlich behauptete der Kriegsminister, aus den Berichten des Generals Nollet gehe hervor, daß Deutschland eine Politik des Widerstandes und des schlechten Willens verfolgen werde.

Brüssel, 7. April. (W. Z. B.)

Der frühere belgische Kriegsminister Masson erklärte einem Berichterstatter des „Binghème Siecle“, wenn Frankreich beschließen sollte, militärische Schritte zu unternehmen, so sei es Belgiens ureigenstes Interesse, sich dem anzuschließen.

(Siehe auch vierte Seite.)

## Der englische Verkehrsstreik beschlossen

Drahtmeldung.

London, 8. April. (W. Z. B.)

Die Eisenbahner und die Transportarbeiter haben beschlossen, in den Ausstand zu treten.

\*

Dieser Beschluß tritt erst in Kraft, wenn die für heute anberaumte Besprechung der Arbeiter und Grubenbesitzer bei Lloyd George ergebnislos verläuft. (Siehe auch zweite Seite.)

## Todesurteil wegen Eisenbahnattentats.

br Halle, 8. April.

Das heute in Halle zusammengesetzte Sondergericht verhandelte gegen den aus dem Zuchthaus entstrungenen Paul Jakob, dem die beiden Eisenbahnattentate bei Ammendorf und Gröbers zur Last liegen. Durch die Zeugenernehmung und das Geständnis des Angeklagten ergab sich, daß er seit Monaten plante ein Attentat auf einen D-Zug zu verüben und die Wagen auszuräumen und dann die in den Wagen sitzende „Fettköpfe“, wie er sich ausdrückt, auszuplündern.

Jakob wurde wegen des Attentats bei Ammendorf zum Tode und wegen des Attentats bei Gröbers zu 12 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Todesstrafe kann jedoch noch nicht vollzogen werden, da sich Jakob vor dem Schwurgericht noch wegen zweier anderer Mordtaten zu verantworten hat.